

Felbermayr, Gabriel; Yalcin, Erdal; Grübener, Philipp

Article

Ökonomische Aspekte des Russlandkonfliktes: Ursachen, Kosten, Optionen

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Felbermayr, Gabriel; Yalcin, Erdal; Grübener, Philipp (2014) : Ökonomische Aspekte des Russlandkonfliktes: Ursachen, Kosten, Optionen, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 67, Iss. 14, pp. 35-43

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165455>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mit dem Abschuss einer Passagiermaschine mit 298 Insassen über der Ostukraine am 17. Juli 2014 mutmaßlich durch pro-russische Separatisten haben die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen einen neuen Tiefpunkt erreicht. Bereits am 17. März 2014, einen Tag nach dem erfolgreichen Referendum über die Abspaltung der Krim von der Ukraine, hatte die Europäische Union Sanktionen gegen Russland in Form von Ein- und Durchreiseverboten sowie der Einfrierung von Vermögen verhängt. Sie folgte damit dem Vorbild der Vereinigten Staaten, die solche Maßnahmen schon zuvor ausgesprochen hatten. Unmittelbar vor der neuen Eskalation hatten sowohl die EU als auch die USA ihre Sanktionen bereits verschärft, um die russische Unterstützung für die Separatisten zu unterbinden. Aktuell ist eine weitere Verschärfung wahrscheinlich (Stand: 22. Juli 2014). Dieser Beitrag beleuchtet, welche Auswirkungen durch Sanktionen zu erwarten sind und ob ein Einlenken Russlands wahrscheinlich ist. Dazu werden die wirtschaftlichen Verflechtungen des Westens mit Russland sowie historische Erfahrungen mit Sanktionen dargestellt.

Chronologie einer Krise

Auslöser der Krise war im November 2013 die Weigerung des damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Yanukovych, das mit der EU ausgehandelte Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen. Dieses Assoziierungsabkommen enthält sowohl Vereinbarungen über eine politische Zusammenarbeit bei u.a. der Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik als auch über eine engere wirtschaftliche Kooperation durch ein tiefes und umfassendes Freihandelsabkommen. Das Assoziierungsabkommen stieß auf massiven Widerstand seitens Russlands, so wurde der Putin-Berater Glasjew im August 2013 von der Wirtschaftswoche mit den Worten »Ein Freihandelsabkommen der Ukraine mit der EU wäre selbstmörderisch für das Land« (vgl. *Wirtschaftswoche*, 21. August 2013) zitiert.

Infolge der Nichtunterzeichnung des Assoziierungsabkommens versammeln sich ab November 2013 Hunderttausende Ukrainer auf dem Maidan-Platz in Kiew, um gegen die Regierung zu protestieren. Nach gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten verlässt Yanukovych im Februar 2014 das Land und flieht nach Russland. Pro-russische Separatisten besetzen die Krim, das dortige Regionalparlament setzt ein Referendum über die Sezession der Krim von der Ukraine an. Mit einer Mehrheit von 97% wird der Beitritt der Krim zu Russland beschlossen. Im weiteren Verlauf der Krise besetzen Separatisten weite Teile der Ostukraine. Aus der Neuwahl des uk-

rainischen Präsidenten am 25. Mai 2014 geht Petro Poroschenko als Sieger hervor, die Mehrzahl der Wahlbüros im Osten der Ukraine bleibt aber geschlossen. Ein vorübergehender Waffenstillstand bringt keine wesentlichen Fortschritte, so dass aktuell in der Ostukraine weiter Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Separatisten stattfinden. Zentraler Vorwurf des Westens an Russland ist, dass das Land die Separatisten unterstützt, anstatt zu einer Deeskalation der Lage beizutragen. Nach dem Abschuss eines Passagierflugzeugs der Malaysia Airlines über der Ostukraine und dem inakzeptablen Verhalten der Separatisten bei der Aufklärung des Vorfalles hat sich die Kritik an Russland nochmals intensiviert.

Umfang und Ziele der Sanktionen

Vorrangiges Ziel der Sanktionspolitik der EU und der USA ist, dass die Separatisten in der Ostukraine einem Waffenstillstand zustimmen. Außerdem sollen sie besetzte ukrainische Grenzposten an die Regierungstruppen zurückgeben und Geiseln freilassen. Russland soll daher davon abgehalten werden, den Separatisten weitere Unterstützung zu gewähren.

Die Sanktionen der EU folgen dabei einem dreistufigen Sanktionsplan. Die erste Stufe umfasst die Aussetzung von Verhandlungen über Visa-Erleichterungen und über ein neues Rahmenabkommen zwischen der EU und Russland. Diese Verhandlungen wurden bereits vor der Annexion der Krim durch Russland unterbro-

chen. Unmittelbar nach der Abspaltung der Krim von der Ukraine trat die zweite Stufe der Sanktionen in Kraft. Maßnahmen der zweiten Stufe sind Kontensperrungen sowie Ein- und Durchreiseverbote. Diese Maßnahmen richten sich gegen einzelne Personen und Unternehmen, nicht aber gegen ganze Industriezweige. Betroffen von den Sanktionen sind hochrangige Politiker, Berater des russischen Präsidenten Putin, Wirtschaftsvertreter und Angehörige des russischen Militärs. Eine ähnliche Sanktionsliste haben auch die USA veröffentlicht. Im Gegenzug hat Russland Sanktionen gegen prominente US-Politiker verhängt, darunter der Vorsitzende des Repräsentantenhauses und der demokratische Mehrheitsführer im Senat. Im Verlauf des Konflikts haben sowohl die EU als auch die USA ihre Sanktionslisten sporadisch erweitert. Angeschlossen haben sich den Sanktionsbemühungen auch Australien, Kanada, Japan, Neuseeland und Norwegen. Die Schweiz und Liechtenstein haben Maßnahmen ergriffen, die eine Umgehung der Sanktionen der anderen Länder vermeiden sollen.

Mit dem Verbot jeglicher Finanzierungen von Projekten in Russland durch europäische Förderbanken als neuester Sanktionsmaßnahme geht die EU über ihre vorherigen Maßnahmen hinaus, sieht jedoch weiter von Sanktionen gegen ganze Industrien ab. Die US-Sanktionen sind aktuell dadurch schärfer, dass wesentlich bedeutendere Unternehmen mit Finanzsanktionen belegt worden sind. Großen russischen Banken ist der Zugang zum US-Kapitalmarkt für mittel- und langfristige Finanzierungen verwehrt. Betroffen ist als sehr prominentes Unternehmen die Gazprombank, die zum Gazprom-Konzern gehört. Mit Rosneft kann auch der größte russische Ölkonzern keine neuen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mehr als 90 Tagen gegenüber US-Firmen eingehen. Der größte Waffenproduzent Kalaschnikow sowie sieben weitere Rüstungsunternehmen sind von Vermögensgefrierungen betroffen.

Sollten im Zuge der neuen Eskalation Maßnahmen der dritten Stufe verhängt werden, so würden sich diese nicht länger nur gegen Einzelpersonen und -unternehmen, sondern gegen ganze Sektoren richten. Solche Handelssanktionen wären um ein Vielfaches schmerzhafter, sowohl für Russland als auch für die EU selbst. So titelte die *ZEIT* am 15. Mai 2014: »Stufe drei tut richtig weh«. Die Zeitung spekuliert in diesem Artikel über ein komplettes Verbot von Finanztransaktionen zwischen russischen und europäischen Banken sowie einen Boykott der EU von russischem Öl und Gas. Welche Maßnahmen aber auf Stufe drei tatsächlich umgesetzt würden, ist nicht bekannt. Die EU hat ihren Sanktionsplan nie genau spezifiziert, so dass auch ungewiss ist, unter welchen Bedingungen Sanktionen der höchsten Eskalationsstufe verhängt würden.

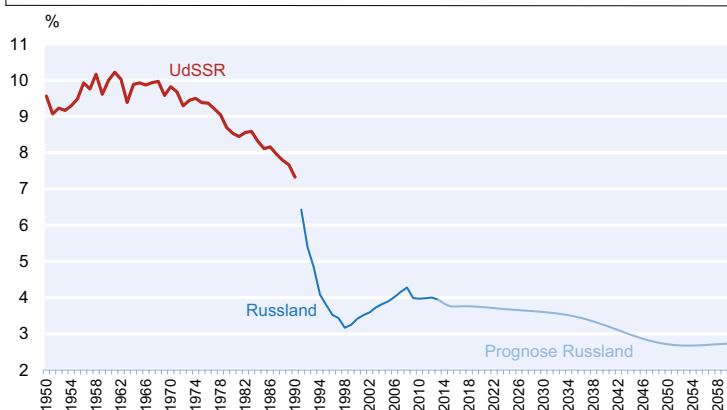
Geostrategischer Kontext

Vor der Analyse möglicher Auswirkungen von Sanktionen sollen die Verflechtungen zwischen Russland und der EU beleuchtet werden. Für Russland ist die EU mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt. Gemäß Zahlen der UNCTAD gehen mehr als 50% der russischen Exporte in die EU, annähernd 20% entfallen allein auf die Niederlande und Deutschland. Diese beiden Märkte liegen damit in ihrer Bedeutung noch vor China. Auch die EU exportiert in signifikantem Umfang nach Russland, nichtsdestotrotz ist die EU für Russland als Absatzmarkt um ein Vielfaches wichtiger als Russland für die EU. Die russischen Exporte in die EU machen 12,7% des russischen BIP aus. Im Vergleich dazu ist die Bedeutung Russlands als Absatzmarkt für die EU fast vernachlässigbar. In der EU beläuft sich der Anteil der Russlandexporte auf nur 0,9% des BIP.

Für Russland ist der Handel mit der EU folglich essentiell. Daher sollte das Land stark an einer vertieften Kooperation interessiert sein. Hinzu kommt, dass die langfristigen Perspektiven für die russische Wirtschaft alles andere als positiv sind. Belief sich der Anteil Russlands am Bruttoweltprodukt 2008 noch auf 4,3%, so ist er bis 2013 auf nur noch 3,9% gefallen und wird laut einer OECD-Prognose bis 2050 weiter bis auf 2,7% absinken (vgl. Abb. 1). Verglichen mit den Hochzeiten der Sowjetunion wird sich das ökonomische Gewicht Moskaus auf etwa ein Fünftel reduzieren. Ein Hauptgrund dafür liegt in der demographischen Entwicklung: Die Einwohnerzahl Russlands wird laut Weltbank von heute mehr als 140 Mill. Menschen auf weniger als 120 Mill. im Jahr 2050 fallen. Russland müsste also eine wirtschaftliche Integration mit dem Westen anstreben, bevor es in der Bedeutungslosigkeit versinkt.

Vor diesem Hintergrund ist es leicht nachvollziehbar, weshalb der russische Präsident Wladimir Putin wiederholt eine stärkere wirtschaftliche Kooperation mit der EU angeregt hat. Schon bei einer Rede vor dem Deutschen Bundestag

Abb. 1
Anteil der UdSSR bzw. Russlands am Bruttoweltprodukt



Quelle: Angus Maddison; Penn World Tables; OECD; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2
Russische Freihandelsabkommen



2001 bekannte Putin, auf »eine enge Handels- und Wirtschaftszusammenarbeit eingestellt« (Deutscher Bundestag, 25. September 2001) zu sein. Im Jahr 2010 plädierte Putin in einem Gastbeitrag für die *Süddeutsche Zeitung* (25. November 2010) für Freihandel von »Lissabon bis Wladiwostok«. Von Seiten der EU wurden Putins Angebote aber weitgehend ignoriert, Angela Merkel lehnte Putins Vorstoß als »Zukunftsvision« ab (vgl. *NTV*, 26. November 2010).

Nicht nur verzichtet die EU auf eine handelspolitische Annäherung an Russland, sie betreibt eine mit russischen Zielen konfligierende Handelspolitik. Russland ist handelspolitisch weitgehend isoliert und unterhält Freihandelsabkommen ausschließlich mit früheren Sowjetrepubliken sowie mit Serbien (vgl. Abb. 2). Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), zu der Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz gehören, sowie mit Neuseeland wurden im Zuge der Krim-Krise ausgesetzt.

Das einzige nennenswerte handelspolitische Projekt Russlands, der Ausbau einer regionalen Zollunion auf dem Territorium der ehemaligen UdSSR, ist durch die EU stark gefährdet. Bereits Mitglied einer Zollunion mit Russland sind Kasachstan, Kirgisien, Tadschikistan und Weißrussland. Weitere denkbare Mitglieder sind Armenien, Moldawien und die Ukraine, die schon einen Beobachterstatus haben, sowie Aserbaidschan und Georgien. Hier besteht ein direkter Konflikt mit der EU, da auch diese die genannten Länder stärker an sich binden will. Ausdrückliche Ziele der 2009 initiierten »Eastern Partnership« der EU sind die politische Assoziation mit diesen Ländern sowie deren ökonomische Integration. In diesem Geiste verhandelte die EU Assoziierungsabkommen mit den genannten Ländern. Die Verträge mit Georgien, Moldawien und das oben angesprochene, den Konflikt auslösende Abkommen mit der Ukraine wurden am 27. Juni 2014 unterzeichnet. Da die Assoziierungsabkommen eine Abschaffung der

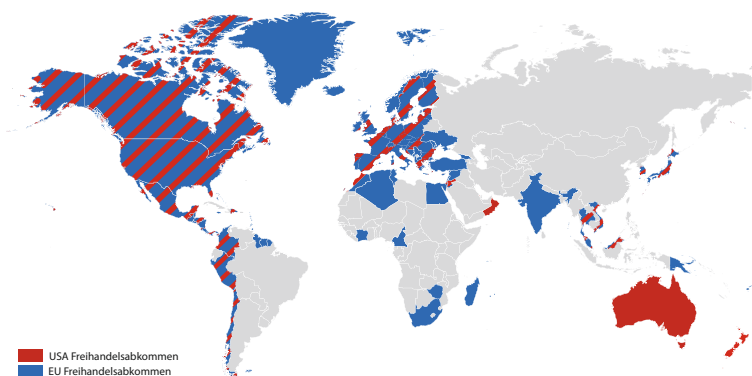
Zölle zwischen der EU und den assoziierten Ländern vorsehen, können die betroffenen Länder nicht gleichzeitig an einer Zollunion mit Russland teilnehmen. Diese würde einen gemeinsamen Außenzoll mit Russland vorsehen, was mit einem Freihandelsabkommen mit der EU unvereinbar ist, solange nicht auch Russland seine Zölle gegenüber der EU eliminiert. Auch wenn Armenien ein unterschriftsreifes Abkommen mit der EU nicht unterzeichnet hat, um einer Zollunion mit Russland beitreten zu können, und die Verhandlungen der EU mit Aserbaidschan noch nicht abgeschlossen sind, kann man festhalten, dass die EU mit ihrer Politik die russischen Bestrebungen unterlaufen und gleichzeitig keine Verhandlungen

mit Russland selbst geführt hat.

Es ist kaum nachvollziehbar, weshalb die EU so geringes Interesse an einem Freihandelsabkommen mit Russland gezeigt hat. Die »Eastern Partnership« betrachtet die EU explizit als »Kernziel der Außenpolitik« (vgl. Europäische Union 2009), obwohl die ökonomische Bedeutung der östlichen Partner verschwindend gering ist. Das BIP von Georgien, Moldawien und der Ukraine, also der Länder, mit denen die EU nun Freihandelsabkommen unterhält, beträgt zusammen weniger als 10% des russischen BIP. Dennoch wird Russland von der EU handelspolitisch komplett ignoriert. Noch in den 1990er Jahren schenkte die EU Russland größere Beachtung. Zu nennen sind hier als konkrete Vertragswerke die »Partnerschaft für den Frieden« zwischen der NATO und einer Reihe von europäischen und asiatischen Staaten inklusive Russland von 1994 und das »Partnerschafts- und Kooperationsabkommen« zwischen der EU und Russland von 1997.

Es ist nicht auszuschließen, dass bei der Abwendung der EU von Russland neben ökonomischen auch geopolitische Motive eine Rolle spielen. Der Fokus der EU-Handelspolitik liegt derzeit eindeutig auf der Verhandlung eines umfassenden Freihandelsabkommens mit den USA (TTIP, vgl. Abb. 3).

Abb. 3
EU- und US-Freihandelsabkommen, teilweise in Verhandlung



Freihandel der EU mit Russland hätte zwar wegen der komplementären Spezialisierungen der beiden Wirtschaftsräume ökonomisch große Potenziale, wie Hans-Werner Sinn kürzlich in der Wirtschaftswoche (12. April 2014) darlegte, ist aber in der gegenwärtigen Situation politisch illusorisch. Auch wenn in den letzten Jahren eine stärkere Einbeziehung Russlands durch die EU wünschenswert gewesen wäre, so ist derzeit eine Verurteilung der Unterstützung der Separatisten durch Moskau angezeigt.

Wie haben die Märkte bisher reagiert?

Auch wenn der Umfang der Sanktionen noch eingeschränkt ist, sind an den Märkten deutliche Reaktionen auf den Konflikt sichtbar. Dabei sind die russischen Märkte weitaus stärker betroffen als die der westlichen Staaten. Dies liegt daran, dass ein Konflikt mit der EU für Russland nicht nur strategisch fatal ist, sondern die russische Wirtschaft auch noch zur Unzeit trifft. Die russischen Wachstumsraten sind für ein Schwellenland enttäuschend. Insbesondere in den letzten Jahren hat die Wachstumsdynamik in Russland stark nachgelassen, wie Daten der UNCTAD zeigen. Betrug das durchschnittliche jährliche Wachstum zwischen 2005 und 2008 noch 7,42%, so fiel es für den Zeitraum von 2008 bis 2012 auf nur noch 1,64%. Auch wenn als Sondereffekt die Finanzkrise diese durchschnittliche Wachstumsrate drückt, fällt Russlands Wachstumsschwäche im Vergleich zu den anderen BRIC-Staaten auf. Im selben Zeitraum wuchs Brasilien immerhin um 3,14% pro Jahr, Indien um 7,37% und China sogar um 9,30%. Für 2014 prognostiziert der Internationale Währungsfonds der russischen Wirtschaft ein Wachstum von 0,2% (vgl. Internationaler Währungsfonds 2014), die Deutsche Bank geht von 0,6% aus (vgl. Deutsche Bank Research 2014). In einem »High-Risk«-Szenario für die russische Wirtschaft, das u.a. einen beschränkten Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten, niedrigere Auslandsinvestitionszuflüsse und einen Wertverfall des Kreditportfolios der Banken, aber keine Handelssanktionen vorsieht, befürchtet die Weltbank gar eine Schrumpfung des BIP um 1,8% (vgl. Weltbank 2014).

Deutsche Exporte schrumpfen

Von der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in Russland sind auch die deutschen Exporte nach Russland betroffen. Insgesamt sanken die Ausfuhren Deutschlands nach Russland in den ersten vier Monaten des Jahres 2014 um etwa 14% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. In wichtigen deutschen Exportsektoren sind die Einbrüche sogar noch größer (vgl. Abb. 4). So sank der Wert der

Exporte von Maschinen um etwa 17,5%, von Kraftfahrzeugen um mehr als 20% und von Datenverarbeitungsgeräten um 24%. Die chemische Industrie verzeichnet mit einem Absinken der Russlandexporte um knapp 7% einen vergleichsweise geringen Rückgang. Die Importe sind bei monatlicher Betrachtung wesentlich volatil. Insgesamt stieg der Wert der Einfuhren von Januar bis April um mehr als 9% an.

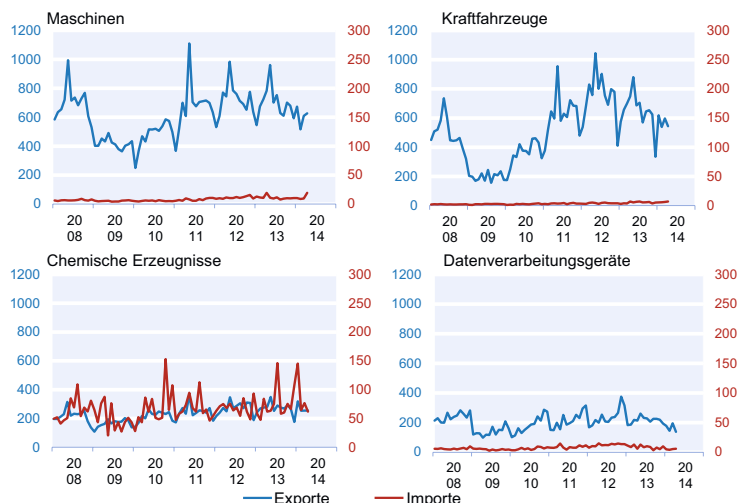
Unsicherheit an russischen Finanzmärkten

Noch deutlicher lassen sich die Konsequenzen des Konflikts an den russischen Finanz- und Kapitalmärkten ablesen. Im ersten Quartal 2014 sind laut Russischer Zentralbank netto 50,6 Mrd. US-Dollar Kapital aus Russland abgeflossen. Zwar hat sich der Abfluss im zweiten Quartal auf 25,8 Mrd. US-Dollar verlangsamt, doch ist damit schon mehr Kapital abgeflossen als im gesamten Vorjahr. EZB-Präsident Mario Draghi sprach auf einer Pressekonferenz sogar von einer Summe von 160 Mrd. Euro (vgl. Europäische Zentralbank 2014), wobei unklar ist, woher diese Zahl stammt. Auch die russische Börse hinkt den Weltmärkten hinterher. Während der Euro Stoxx 50 seit Anfang 2013 um etwa 17% zulegen, verlor der russische RTS-Index 16%. Zum Zeitpunkt des Höhepunkts der Krim-Krise Mitte März 2014 lag er um ein Drittel unterhalb des Niveaus von Januar 2013 (Stand: 21. Juli 2014).

Auch der Rubel geriet durch die Krim-Krise unter Abwertungsdruck. Gegenüber dem Dollar verlor er zwischen Oktober 2013 und März 2014 11% an Wert. Seitdem hat er sich erholt. Es ist allerdings unklar, ob ein schwächerer Rubel für Russland negativ ist. Zwar verteuern sich die Importe, doch steigen gleichzeitig die Einnahmen von Unternehmen, die Erlöse in ausländischer Währung erzielen. Die Ratingagentur Moody's kommt zu dem Ergebnis, dass die Rubelabwertung positiv für

Abb. 4

Deutscher Handel mit Russland in wichtigen Exportsektoren in Mill. Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt.

bis April 2014

die chemische Industrie, die Stahlindustrie und den Bergbau ist, weil deren Erlöse in Dollar anfallen, während die Kosten in Rubel beglichen werden. Auch die Öl- und Gasbranche erzielt zwar ihre Einnahmen in Dollar, allerdings ist die Mehrzahl der Unternehmen auch in Dollar verschuldet, so dass diese Branche von einer Abwertung weder positiv noch negativ tangiert sein sollte (vgl. Moody's Investors Service 2014).

Um den Rubel zu stabilisieren, hat die russische Zentralbank in erheblichem Umfang am Devisenmarkt interveniert. Dennoch verfügt sie nach wie vor über große Reserven. Die Nettoposition der privaten Haushalte gegenüber dem Ausland ist allerdings mit -379 Mrd. US-Dollar zum Jahresende 2013 laut Russischer Zentralbank deutlich negativ (vgl. Abb. 5). Obwohl also große Devisenreserven vorhanden sind, ist der private Sektor stark verwundbar. Dies ist auch der Kanal, über den die USA, die bislang treibende Kraft hinter den Sanktionsbemühungen sind, Einfluss auf Russland nehmen können. Die Handelsbeziehungen zwischen Russland und den USA sind marginal. Hingegen sind die Verflechtungen im Finanzsektor durch Russlands private Dollar-Verschuldung relevant.

Verwundbarkeit der EU und Deutschlands

Die Verunsicherung konzentriert sich derzeit stark auf die russischen Märkte, in der EU sind die Auswirkungen weniger deutlich zu erkennen. Dennoch darf man nicht außer Acht lassen, dass die EU zwar im Aggregat über alle Länder und Industrien hinweg weniger stark von Russland abhängt als umgekehrt, sektoral und regional aber durchaus sehr enge Beziehungen mit Russland bestehen.

Asymmetrische Exponiertheit innerhalb der EU

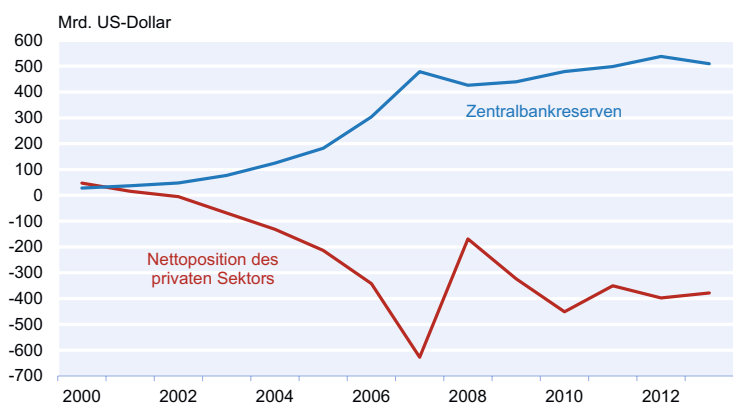
Betrachtet man einzelne EU-Mitgliedstaaten, so sind Russlands Ex-Satelliten am stärksten abhängig. UNCTAD-Daten

zeigen, dass Litauen mehr als 30% seiner Importe aus Russland bezieht. In Bulgarien sind es mehr als 20%, in Finnland immerhin noch 17%. Besonders im Energiebereich sind mehrere osteuropäische Staaten Russland vollständig ausgeliefert. Bulgarien, Litauen, Polen, die Slowakei und Ungarn beziehen zwischen 90% und 100% ihrer Rohölimporte aus Russland. Estlands und Litauens Kohleimporte kommen zu ebenfalls mehr als 90% aus Russland, in Finnland, Lettland und Polen sind es immerhin noch mehr als 50%. Erdgas importieren die baltischen Staaten, Bulgarien und Finnland ausschließlich aus Russland. Auf der anderen Seite produzieren z.B. die Niederlande und Dänemark mehr Gas als sie selbst verbrauchen. Belgien, Dänemark und Portugal führen jeweils nur etwa 3% ihrer Rohölimporte aus Russland ein.

Deutschland ist überdurchschnittlich eng mit Russland verbunden. Die Warenexporte nach Russland machen etwa 1,5% des BIP aus, während dieser Anteil in Italien und Frankreich bei nur 0,6% bzw. 0,4% des BIP liegt. In Deutschland variiert die sektorale Betroffenheit allerdings erheblich. Mehr als 50% der gesamten Russlandexporte Deutschlands entfallen gemäß Zahlen des Statistischen Bundesamtes auf den Maschinenbau (23%), Kraftfahrzeuge (21%) und die chemische Industrie (9%). Im Maschinenbau gehen 5% der Sektorexporte nach Russland, bei Kraftfahrzeugen sind es 4%. Die Anzahl der in Russland engagierten Firmen ist dabei relativ klein. So sind 10% aller exportierenden Unternehmen im Russlandhandel aktiv. Für 73% dieser Unternehmen wiederum machen Russlandexporte maximal ein Viertel der Gesamtexporte aus (vgl. Statistisches Bundesamt 2014).

Bei den Importen zeigt sich das erwartete Bild. Deutschland importiert aus Russland nahezu ausschließlich Rohstoffe. So liegt allein der Anteil von Erdöl- und Gasimporten an den Russlandimporten bei 73% (Erdöl: 45%, Gas: 28%). Deutschland deckt jeweils mehr als 35% seiner gesamten Öl- und Gasimporte aus Russland. Weitere wichtige Importgüter sind Kokerei- und Mineralölerzeugnisse (12% Anteil an den Russlandimporten), Metalle (7%), Kohle (2%) und chemische Erzeugnisse (2%). Außer bei Öl und Gas ist die deutsche Abhängigkeit von Russland auch bei anderen Rohstoffen groß. Beispiele sind Nickel (Anteil der Importe aus Russland an den Gesamtimporten (36%), Kohle (17%) und Kupfer (17%). Bei den Importen ist die Abhängigkeit von Russland auch regional sehr heterogen. In Brandenburg und Sachsen-Anhalt machen Importe aus Russland mehr als 10% am Bruttoregionalprodukt aus, während dieser Wert in keinem anderen Bundesland 3% übersteigt.

Abb. 5
Auslandsvermögensstatus Russlands



Quelle: Russische Zentralbank; Berechnungen des ifo Instituts.

Deutschland ist nicht nur der wichtigste Handelspartner Russlands, sondern auch der größte Investor. Die deutschen Auslandsdirektinvestitionen belaufen sich nach Eurostat-Zahlen auf etwa 20 Mrd. Euro. In deutschen Auslandsniederlassungen in Russland sind mehr als 250 000 Menschen beschäftigt (vgl. Deutsche Bundesbank 2014). Allerdings ist die relative Bedeutung Russlands an den deutschen Direktinvestitionen gering. Die Bestände in Russland machen weniger als 2% an den Gesamtbeständen aus. Die Bestände in den USA sind mehr als achtmal so hoch, und auch kleinere Nachbarländer Deutschlands, wie z.B. die Niederlande, Belgien und Österreich, sind um ein Vielfaches wichtiger.

Auch über den Finanzsektor ist Europa mit Russland verbunden, wie Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zeigen. Deutsche Banken hatten mit 23 Mrd. US-Dollar zum Jahresende 2013 nennenswerte Forderungen gegenüber Russland. In diesem Bereich ist Deutschland allerdings bei Weitem nicht Spitzenreiter. Das höchste Risiko tragen französische Banken mit 52 Mrd. US-Dollar, auch die Forderungen amerikanischer (31 Mrd. US-Dollar) und italienischer (30,5 Mrd. US-Dollar) Banken liegen höher als die der deutschen.

Deutscher Staat trägt erhebliches Risiko

Sowohl bei den Exporten als auch bei den Direktinvestitionen liegt das Risiko nicht allein bei der Industrie, sondern zu erheblichen Teilen beim Steuerzahler. So übernimmt die Bundesrepublik Deutschland Exportkreditgarantien, um deutsche Unternehmen vor dem Risiko eines Zahlungsausfalls zu schützen (Hermesdeckungen). Zum Jahresende 2013 belief sich der Bestand an übernommenen Exportkreditgarantien des Bundes für Geschäfte mit Russland auf 8,1 Mrd. Euro (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2013a). Neben Exportkreditgarantien bietet der Bund auch Investitionsgarantien an, um Direktinvestitionen im Ausland abzusichern. Das durch Investitionsgarantien übernommene Risiko liegt mit 9,8 Mrd. Euro noch etwas höher (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie 2013b). Falls es zu Zahlungsverweigerungen oder zu Enteignungen kommen sollte, wäre mithin der deutsche Steuerzahler in der Haftung.

Wirtschaftssanktionen: Die Evidenz

Die Sanktionen gegen Russland stehen in der Tradition der vergangenen beiden Jahrzehnte. Die Anzahl von verhängten Wirtschaftssanktionen zur Erreichung politischer Ziele hat sich seit den 1990er-Jahren vervielfacht. Dennoch sind Sanktionen keineswegs ein neues Phänomen. Ein prominentes Beispiel aus dem frühen 19. Jahrhundert ist Napo-

leons »Kontinentalsperre« gegen England, mit der er auf eine Seeblockade der Engländer und die Niederlage in der Seeschlacht von Trafalgar reagierte. Zwar entstand ein kurzfristiger Schaden für die englische Wirtschaft durch die Unterbindung des Handels mit Kontinentaleuropa, doch hatte die Blockade letztlich keine entscheidenden Konsequenzen für England. Entschieden wurde der Konflikt nicht durch Wirtschaftssanktionen, sondern durch Napoleons gescheiterten Russlandfeldzug und die anschließenden Niederlagen seiner Armee in Leipzig und Waterloo. Dieses Muster, dass Wirtschaftssanktionen zwar ökonomische Konsequenzen mit sich bringen, aber ihre politischen Ziele verfehlen, wird in der Literatur allgemein bestätigt.

Wirtschaftliche Auswirkungen von Sanktionen

Die Literatur zeigt, dass es möglich ist, durch Sanktionen wirtschaftlichen Schaden zu verursachen. Ein sehr gut belegtes Ergebnis ist, dass umfassende Handelssanktionen bilaterale Handelsströme erheblich reduzieren. Hufbauer et al. (1997) berichten eine Reduzierung bilateraler Handelsströme um 90% aufgrund umfassender Handelssanktionen. Nachfolgende Studien bestätigen diese Größenordnung. Da diese Kategorie von Sanktionen z.B. die Fälle von Nordkorea, Kuba und dem Iran beinhaltet, ist die Höhe der Werte nicht überraschend.

Weniger eindeutig sind die Ergebnisse für selektive Sanktionen. Solche sind z.B. Kontensperrungen, Waffenembargos, Streichung von Entwicklungshilfe und auf einzelne Sektoren beschränkte Handelssanktionen. Hufbauer et al. (1997) finden auch für diese Gruppe von Sanktionen eine signifikante Handelsreduzierung von einem Viertel bis zu einem Drittel. Yang et al. (2004) experimentieren mit verschiedenen Kategorisierungen, gemäß derer sie Sanktionsmaßnahmen der Gruppe selektiver Sanktionen zuordnen. Für zwei von drei Kategorisierungen ergeben sich keine signifikanten Effekte, nur bei einer Kategorisierung können auch sie negative Auswirkungen von limitierten Sanktionen feststellen. Caruso (2003) berichtet insignifikante Ergebnisse für diese Gruppe von Sanktionen. Es bleibt also unklar, ob selektive Sanktionen, wie sie derzeit von der EU und anderen westlichen Staaten gegen Russland eingesetzt werden, Einfluss auf den bilateralen Handel haben.

Ein weiteres Problem, das im Fall der Sanktionen gegen Russland besteht, ist, dass nur eine begrenzte Anzahl an Ländern Sanktionen verhängt hat. Somit besteht prinzipiell die Möglichkeit, dass Russland, sollte Handel mit der EU oder anderen westlichen Ländern wegfallen, diesen durch verstärkten Handel mit anderen Ländern substituiert. Erste Ausweichmanöver russischer Firmen sind schon zu beobachten. So hat Gazprom im Mai 2014 einen langfristigen Gasliefervertrag mit China abgeschlossen, der die Abhän-

gigkeit des Landes von europäischen Käufern vermindert. Der Zeitpunkt des Vertragsabschlusses kurz nach der Implementierung europäischer Sanktionen, nachdem ein Jahrzehnt lang verhandelt worden war, ist in dieser Hinsicht auffällig. Die Evidenz, ob Sanktionsumgehung ein relevantes Problem ist, ist wiederum gemischt. Caruso (2003) beschreibt, dass der Handel zwischen von US-Sanktionen betroffenen Ländern und anderen G-7-Staaten im Fall limitierter Sanktionen ansteigt, bei umfassenden Sanktionen aber stark fällt. Yang et al. (2004) hingegen berichten von einigen Fällen umfassender US-Sanktionen, bei denen der Handel zwischen der EU bzw. Japan und den betroffenen Ländern expandiert hat. Early (2009) kommt zu dem kontraintuitiven Ergebnis, dass Sanktionen häufiger von Alliierten des sanktionierenden Staates unterlaufen werden als von rivalisierenden Staaten. Dies begründet er damit, dass Sanktionen nicht staatlich angeordnet aus politischen Motiven umgangen werden, sondern aus wirtschaftlichen Interessen profitorientierter Unternehmen. Die besten Prädiktoren dafür, ob die Gefahr der Sanktionsumgehung besteht, sind das BIP des Drittlandes, dessen Handelsoffenheit und bestehende Handelsbeziehungen mit dem sanktionierten Land.

Abschließend festzuhalten ist, dass nicht nur Handelsströme von Sanktionen unterbrochen werden können, sondern auch Auslandsdirektinvestitionen. Biglaiser und Lektzian (2011) zeigen, dass US-Direktinvestitionen im Jahr vor der Einführung von Sanktionen dramatisch absinken. Die Autoren interpretieren dies dahingehend, dass Investoren aufgrund erhöhter Unsicherheit desinvestieren. Im zweiten Jahr nach Einführung der Sanktionen werden diese Desinvestitionen wieder aufgeholt.

Politische Effekte von Sanktionen

Die Literatur zeigt also, dass es zumindest mit umfassenden Handels- und Finanzsanktionen möglich ist, sanktionierten Ländern ökonomischen Schaden zuzufügen. Blanchard und Ripsman (1999) konstatieren allerdings, dass wirtschaftlicher Schaden nicht verantwortlich für den politischen Erfolg von Sanktionen ist. Sie argumentieren am Beispiel Saddam Husseins, unter dessen Führung der Irak sehr weitreichenden wirtschaftlichen Sanktionen ausgesetzt war, dass autokratische Herrscher die Wirkung von Sanktionen von ihren Unterstützern zur Opposition hin umlenken können. Entscheidend für den Erfolg von Sanktionen seien vielmehr die politischen Kosten für die Regierung des sanktionierten Landes.

Die empirische Literatur zum Erfolg ökonomischer Sanktionen basiert praktisch komplett auf der Arbeit von Hufbauer, Schott und Elliott (1990), die einen Datensatz ökonomischer Sanktionen für den Zeitraum von 1914 bis 1990 entwickeln. Die Autoren selbst kommen auf dieser Grundlage zu dem Ergebnis, dass ökonomische Sanktionen in 34% der Fälle erfolgreich in dem Sinne waren, dass sie einen Politikwech-

sel des sanktionierten Landes herbeigeführt haben. Pape (1997) kritisiert, dass nur fünf der 40 Fälle, die Hufbauer et al. (1990) als Erfolge einstufen, tatsächlich solche seien. Häufig sei neben den Sanktionen militärisch interveniert worden. Er zählt auch eine Reihe von Fällen auf, bei denen kein Zugeständnis seitens des sanktionierten Staates nachweisbar sei. Elliott (1998) konzediert, dass bei der Berechnung der Erfolgsquote in Hufbauer et al. (1990) ein relativ niedriger Standard angelegt wurde. Unabhängig davon, ob der Verhalten optimistische Standpunkt, den Hufbauer et al. vertreten, oder der pessimistische Blick Papes zutrifft, ist die Erfolgsquote bei der Erreichung politischer Ziele durch Sanktionen eher gering.

Allerdings leiden alle Studien, die ausschließlich auf Daten umgesetzter Sanktionen beruhen, unter einer Stichprobenverzerrung. Lacy und Niou (2004) zeigen spieltheoretisch, dass bei perfekter Information Sanktionen niemals implementiert werden. Entweder ist die Androhung von Sanktionen ausreichend, um das Zielland zum Einlenken zu bewegen, oder auch eine Einführung der Sanktionen würde kein Nachgeben hervorrufen, so dass der Sender von den Sanktionen absieht. Lacy und Niou schlussfolgern weiterhin, dass, auch wenn die Annahme perfekter Information aufgegeben wird, angedrohte Sanktionen eine höhere Erfolgswahrscheinlichkeit haben als umgesetzte. Hovy, Huseby und Sprinz (2005) demonstrieren, dass realisierte Sanktionen nur dann erfolgreich sein können, wenn das Zielland entweder den Willen des Senders, die Sanktionen zu verhängen, oder aber die Auswirkungen der Sanktionen unterschätzt. Drezner (2003) bestätigt empirisch, dass angedrohte Sanktionen eine höhere Erfolgsquote aufweisen als tatsächlich verhängte. Somit sind die Erfolgsaussichten ökonomischer Sanktionen besser, als ihnen im Großteil der Literatur bescheinigt wird.

Wann sind Sanktionen erfolgreich?

Die Erfolgsaussichten von Sanktionen hängen dabei erheblich von äußeren Umständen sowie ihrer Ausgestaltung ab. Die Grundvoraussetzungen, an denen die Politik wenig ändern kann, sind dabei im Fall Russlands wenig vielversprechend. So ist es ein überaus robustes Ergebnis in der Literatur, dass befreundete Staaten mit einer sehr viel größeren Wahrscheinlichkeit auf die Forderungen des sanktionierenden Staates eingehen als rivalisierende Länder (vgl. Allen 2005; Bonetti 1998; Hufbauer et al. 1990). Mehr Anlass zu Optimismus gibt die Tatsache, dass die EU Russlands wichtigster Handelspartner ist. Enge Handelsbeziehungen bergen die Möglichkeit, großen ökonomischen Schaden zu verursachen, und erhöhen daher die Chancen eines Sanktionserfolgs (vgl. Bonetti 1998). Auch die Bedeutung der USA im Finanzsektor und insbesondere die dominante Rolle des Dollars auf den internationalen Rohstoffmärkten erhöhen die Wirksamkeit von US-Finanzsanktionen.

Das stufenweise Vorgehen bei der Verhängung von Sanktionen, das sowohl die EU als auch die USA anwenden, entspricht hingegen nicht den Empfehlungen der Literatur. Allen (2005) stellt fest, dass umfassende Sanktionen die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass das sanktionierte Land schnell einlenkt. Auch Hufbauer et al. (1990) empfehlen, sofort möglichst umfassende Maßnahmen zu ergreifen, anstatt diese Schritt für Schritt zu verschärfen. Hingegen ist die Auswahl der Sanktionen für das Zielland Russland passend. Brooks (2002) zeigt, dass umfassende Sanktionen zwar besser gegen Demokratien wirken, gegen autoritäre Staaten aber gezielte Sanktionen, wie eben Kontensperrungen und Reiseverbote, eingesetzt werden sollten. Dashti-Gibson, Davis und Radcliffe (1997) kommen zu dem Ergebnis, dass, um einen konkreten Politikwechsel im sanktionierten Land herbeizuführen, der Einsatz von Finanzsanktionen die Erfolgswahrscheinlichkeit erhöht. Insofern verfolgen der Westen mit Vermögensgefrierungen und insbesondere die USA mit der Beschränkung des Zugangs zum US-Kapitalmarkt den richtigen Weg.

Abschließende Überlegungen

Wie hoch ist nun die Chance mit Hilfe von Sanktionen gegen Russland eine Deeskalation der Situation in der Ostukraine zu erreichen? Die Erfahrung mit ökonomischen Sanktionen spricht alles in allem nicht dafür, dass Russland einlenken wird. Erstens ist prinzipiell die Erfolgsquote von Sanktionen gegen nicht befreundete Staaten ernüchternd. Zweitens hält die Androhung umfassender Finanz- und Handelssanktionen Russland nicht davon ab, die Separatisten weiterhin zu unterstützen. Sollte Russland den Schaden durch die möglichen Sanktionen höher einschätzen als den durch ein Akzeptieren der Forderungen des Westens, dann hat die Androhung der Sanktionen das größere Erfolgspotenzial als ihre tatsächliche Umsetzung. Insofern erscheint es wahrscheinlich, dass die russische Regierung bereit wäre, die Folgen der Sanktionen zu akzeptieren. Dafür spricht auch, dass die EU-Handelspolitik in den vergangenen Jahren Russlands Isolation vorangetrieben hat. Dies hat die Bereitschaft der russischen Regierung, auf europäische Forderungen einzugehen, sicher nicht erhöht. Denkbar ist allerdings, dass Russland die Bereitschaft der EU, die Sanktionen umzusetzen, unterschätzt. In diesem Fall reagiert Russland zwar nicht auf die Androhung von Sanktionen, weil es die Drohung für unglaubwürdig hält, würde aber bei Handelssanktionen der dritten Stufe durch die EU einlenken.

Unmittelbar daran schließt sich die Frage an, ob die EU tatsächlich bereit ist, umfassende Handelssanktionen zu verhängen. Definitiv könnte so ökonomischer Schaden angeordnet werden. Russlands Gasexporte z.B. sind an die Pipelines nach Europa gebunden und können nicht einfach umgeleitet werden. Dasselbe Problem stellt sich dann aber auch

für die EU, die die Gasimporte aus Russland nicht ohne weiteres ersetzen könnte. Da Sanktionen in der EU mit einer qualifizierten Mehrheit beschlossen werden müssen, ist es doch sehr fraglich, ob genügend der stark exponierten Länder bereit sind, ihre komplette Energieversorgung abzutrennen.

Die USA wären zweifellos eher willens, schärfere Sanktionen zu verhängen. Die Kosten wären um ein Vielfaches geringer als für die EU. Dementsprechend geringer wären aber bei Handelssanktionen auch die Auswirkungen auf Russland. Sollten die USA und die EU gemeinsam Handelssanktionen implementieren, könnten die USA netto sogar gewinnen. Zwar wären sie durch den Wegfall des Handels mit Russland negativ betroffen, doch wäre dieser Effekt recht klein. Auf der anderen Seite würden sie verstärkt mit Europa handeln, da die Europäer vor allem Energieimporte aus Russland durch Einkäufe in den USA substituieren würden.

Auch andere Drittländer wären positiv betroffen. Schon in dem oben angesprochenen Gasliefervertrag von Gazprom mit China gewährt der russische Konzern China sehr günstige Preise. Ein Handelsabbruch zwischen dem Westen und Russland würde weiteren Handel nach China und in andere Drittländer, die nicht an den Sanktionen teilnehmen, umlenken.

Abschließend soll festgehalten werden, dass, auch wenn die Erfolgsaussichten von Sanktionen eher gering sind, diese gerade nach den jüngsten Ereignissen doch eine wichtige politische Signalwirkung haben. Die EU und die USA können nach der Annexion der Krim und dem Abschuss eines Passagierflugzeuges nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Im Gegensatz zur kurzfristigen Krisenpolitik muss jedoch langfristig auch darüber nachgedacht werden, wie ein ökonomisch an Bedeutung verlierendes Russland in die internationale Gemeinschaft eingebunden werden kann.

Literatur

- Allen, S.H. (2005), »The Determinants Of Economic Sanctions Success And Failure«, *International Interactions* 31, 117–138.
- Biglaiser, G. und D. Lektzian (2011), »The Effect of Sanctions on U.S. Foreign Direct Investment«, *International Organization* 65, 531–551.
- Blanchard, J.-M.F. und N.M. Ripsman (1999), »Asking the right question: When do economic sanctions work best?«, *Security Studies* 9(1–2), 219–253.
- Bonetti, S. (1998), »Distinguishing characteristics of degrees of success and failure in economic sanctions episodes«, *Applied Economics* 30, 805–813.
- Brooks, R. A. (2002), »Sanctions and Regime Type: What Works, and When?«, *Security Studies* 11(4), 1–50.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2013a), *Jahresbericht Exportkreditgarantien 2013*, online verfügbar unter http://www.agaportal.de/pdf/berichte/jb_2013.pdf.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2013b), *Jahresbericht 2013, Investitionsgarantien der Bundesrepublik Deutschland*, online verfügbar unter http://www.agaportal.de/pdf/dia_ufk/berichte/dia_jb2013.pdf.

- Caruso, R. (2003), »The Impact of International Economic Sanctions on Trade. An Empirical Analysis«, Working Paper.
- Dashti-Gibson, J., P. Davis und B. Radcliffe (1997), »On the Determinants of the Success of Economic Sanctions: An Empirical Analysis«, *American Journal of Political Science* 41(2), 608–618.
- Deutsche Bank Research (2014), *Die Ökonomie von Sanktionen: Der Westen kann Härte zeigen*, 19. Mai, online verfügbar unter: http://dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DEPROD/PROD0000000000335228/Die+%C3%96konomie+von++Sanktionen%3A+Der+Westen+kann+H%C3%A4rte+zeigen.pdf.
- Deutsche Bundesbank (2014), »Bestandserhebung über Direktinvestitionen, Statistische Sonderveröffentlichung 10«, April, online verfügbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Sonderveroeffentlichungen/Statso_10/statso_10_bestandserhebung_ueber_direktinvestitionen_2014.pdf?__blob=publicationFile.
- Deutscher Bundestag (2001), »Wortprotokoll der Rede Wladimir Putins im Deutschen Bundestag am 25. September 2001«, online verfügbar unter: https://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/geschichte/gastredner/putin/putin_wort/244966.
- Drezner, D.W. (2003), »The Hidden Hand of Economic Coercion«, *International Organization* 57(3), 643–659.
- Early, B.R. (2009), »Sleeping With Your Friends' Enemies: An Explanation of Sanctions-Busting Trade«, *International Studies Quarterly* 53, 49–71.
- Elliott, K.A. (1998), »The Sanctions Glass: Half Full or Completely Empty?«, *International Security* 23(1), 50–65.
- Europäische Union (2009), »The European Partnership: The European Union and Eastern Europe«, online verfügbar unter: http://eeas.europa.eu/eastern/docs/eap_vilnius_ppt_201113_en.pdf.
- Europäische Zentralbank (2014), »Introductory statement to the press conference (with Q&A)«, 8. Mai, online verfügbar unter: <http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140508.en.html>.
- Hovi, J., R. Huseby und D.F. Sprinz (2005), »When Do (Imposed) Sanctions Work?«, *World Politics* 57(4), 479–499.
- Hufbauer, G.C., K.A. Elliott; T. Cyrus und E. Winston (1997), »US Economic Sanctions: Their Impact on Trade, Jobs, and Wages«, Working Paper, online verfügbar unter: <http://www.piie.com/publications/wp/wp.cfm?ResearchID=149>.
- Hufbauer, G.C., J.J. Schott und K.A. Elliott (1990), *Economic sanctions reconsidered: History and current policy*, 2. Auflage, Peterson Institute for International Economics, Washington.
- Internationaler Währungsfonds (2014), online verfügbar unter: <http://www.imf.org/external/np/ms/2014/043014a.htm>.
- Lacy, D. und E.M.S. Niou (2004), »A Theory of Economic Sanctions and Issue Linkage: The Roles of Preferences, Information, and Threats«, *The Journal of Politics* 66(1), 25–42.
- Moody's Investors Service (2014), »Announcement: Moody's: Rouble devaluation scenario positive for some Russian corporates, neutral for others«, 12. Mai, online verfügbar unter: https://www.moody.com/research/Moodys-Rouble-devaluation-scenario-positive-for-some-Russian-corporates-neutral--PR_294710.
- NTV (2010), »Absage an Freihandelszone: Merkel windet sich aus Putins Umarmung«, 26. November, online verfügbar unter: <http://www.n-tv.de/politik/Merkel-windet-sich-aus-Putins-Umarmung-article2021276.html>.
- Pape, R.A. (1997), »Why Economic Sanctions Do Not Work«, *International Security* 22(2), 90–136.
- Statistisches Bundesamt (2014), »10% der exportierenden Unternehmen führen Waren nach Russland aus«, 3. April, online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/04/PD14_123_51.html.
- Süddeutsche Zeitung* (2010), »Von Lissabon bis Wladiwostok«, 25. November, online verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/putin-plaedoyer-fuer-wirtschaftsgemeinschaft-von-lissabon-bis-wladiwostok-1.1027908>.
- Weltbank (2014), »Russian Economic Report 31: Confidence Crisis Exposes Economic Weakness«, online verfügbar unter: <http://www.worldbank.org/en/news/press-release/2014/03/26/russian-economic-report-31>.
- Wirtschaftswoche* (2013), »Freihandelsabkommen: Russland warnt Ukraine vor Freihandel mit EU«, 21. August, online verfügbar unter: <http://www.wiwo.de/politik/europa/freihandelsabkommen-russland-warnt-ukraine-vor-freihandel-mit-eu/8670184.html>.
- Wirtschaftswoche* (2014), »ifo-Chef Hans-Werner Sinn fordert Freihandelszone der EU mit Russland«, 12. April, online verfügbar unter: <http://www.wiwo.de/politik/europa/ifo-chef-hans-werner-sinn-fordert-freihandelszone-der-eu-mit-russland/9751896.html>.
- Yang, J., H. Askari, J. Forrer und H. Teegen (2004), »U.S. Economic Sanctions: An Empirical Study«, *The International Trade Journal* 18(1), 23–61.
- ZEIT* (2014) »Stufe drei tut richtig weh«, 15. Mai, online verfügbar unter: <http://www.zeit.de/2014/21/sanktionen-russland-ukraine>.